

schlechtgeredet werden. Im Gegenteil: Der Blick soll geschärft und verstärkt darauf gerichtet werden, wo es kneift: sowohl politisch und gesellschaftlich als auch im Innenverhältnis der Streitkräfte. Und das Ziel dabei ist, den Dienst für das Vaterland künftig zu erleichtern.

Ein Hinweis zur Quellenlage: Wir haben uns intensiv und wiederholt bemüht, über das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und über das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) in Koblenz amtliche Daten über Personalfragen und Ausrüstungsstände zu erhalten. Die Bereitschaft, entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen, beschränkte sich auf vage Hinweise, manches sei im Netz verfügbar. Ansonsten wurde systematisch gemauert. Neben den Nachweisen im Anmerkungsapparat waren die Autoren als Informationsbasis daher auf folgende Quellen angewiesen: den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, insbesondere die Antworten der Bundesregierung auf Parlamentarische Anfragen, ferner folgende Periodika: *Internationale Politik*, *Innere Führung*, *Y – Das Magazin der Bundeswehr*, *treue Kameraden*, *Mittler-Brief*, *Newsletter Verteidigung*, *Die Bundeswehr*, *Das Parlament*.

---

<sup>1</sup> [www.bmvg.de/resource/blob/4911272/a9a54e0829c31814fa3ce3c7d2c375d9/20201208-download-bericht-materielle-einsatzbereitschaft-data.pdf](http://www.bmvg.de/resource/blob/4911272/a9a54e0829c31814fa3ce3c7d2c375d9/20201208-download-bericht-materielle-einsatzbereitschaft-data.pdf)

<sup>2</sup> Die Mängel werden regelmäßig in den Jahresberichten des Wehrbeauftragten des Bundestages aufgelistet. Quelle:

[https://www.bundestag.de/resource/blob/823790/eb1b7c6a0366af347d6c047ba2414958/jahresbericht\\_2020\\_pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/823790/eb1b7c6a0366af347d6c047ba2414958/jahresbericht_2020_pdf-data.pdf)

<sup>3</sup> Siehe Anmerkung 2.

<sup>4</sup> <http://www.imi-online.de/2003/05/20/die-neuen-verteidigu/>

<sup>5</sup> <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/211/1921117.pdf> S. 59.

# Warum nach knapp zwei Jahren eine Neuauflage?

Die erste Auflage dieses Buches ist im Juni 2019 erschienen. In Fachkreisen hat das Werk hohe Beachtung und Zustimmung erfahren, und die Autoren wurden zu zahlreichen Vorträgen eingeladen. Die großen Medien sind jedoch nicht darauf eingegangen. Sicherheitspolitische und militärische Themen gelten dort aufgrund eines oft dogmatischen Pazifismus anscheinend als eher unangenehme Randbereiche der Gesellschaft. Und wer dazu noch Kritik an Kanzlerin Merkel übt, hat es offenbar zusätzlich schwer in der deutschen Medienlandschaft.

Seit der ersten Auflage hat sich viel getan: in Deutschland, in Europa, in der NATO und global. Mit Annegret Kramp-Karrenbauer kam eine neue Verteidigungsministerin, die sich nun nach Abgabe des CDU-Vorsitzes voll auf ihr Amt konzentrieren kann. Ihre Vorgängerin Ursula von der Leyen hat die Bundeswehr in einem desaströsen Zustand zurückgelassen, wenig passte da noch zusammen. Trotz der ausgerufenen Trendwenden ist die materielle Einsatzbereitschaft gering. Der Klarstand der Hauptwaffensysteme verharrt auf dem schlechten Niveau der Vorjahre.<sup>1</sup> Inzwischen klettern Panzergrenadiere bei Geländeübungen peinlicherweise sogar aus einem Kleinbus statt aus einem Schützenpanzer.<sup>2</sup>

Der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion aus dem Jahr 1987 ist seit dem 2. August 2019 tot, der Vertrag über den offenen Himmel nach dem Rückzug der Amerikaner und Russen wertlos. Immerhin haben sich die Präsidenten Wladimir Putin und Joe Biden bereits geeinigt, den New-Start-Vertrag zur Begrenzung der strategischen Rüstung zu verlängern. Ein weiterer Truppenabzug aus Deutschland beziehungsweise die Verlagerung in Richtung Osteuropa ist aufgeschoben, möglicherweise gar aufgehoben. US-Präsident Donald Trump bezeichnete die NATO in seiner Amtszeit als »obsolet«, Joe Biden betont dagegen wieder den Wert der Allianz. Die konkrete Ausprägung seiner Politik bleibt allerdings abzuwarten. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron attestierte der NATO 2019 den »Hirntod«. Großbritannien hat inzwischen die EU verlassen. Die Frage nach den Auswirkungen auf die europäische Sicherheitspolitik ist unbeantwortet. Russland und China rüsten gewaltig auf, Putin kündigt neue, »unbesiegbare« Waffensysteme an. Russland, China und der Iran veranstalteten 2019 ein gemeinsames Seemanöver im Indischen Ozean und im Golf von Oman.<sup>3</sup> Polen sieht sich aus dem französisch-deutschen Panzervorhaben »Main Ground Combat System« (MGCS)

ausgeschlossen und freundet sich rüstungspolitisch zeitweise mit Südkorea an, um gemeinsam bis zu 800 Panzer zu bauen. Auch dies kein gutes Zeichen für die NATO. Der Nahe Osten und die Sahelzone sind alles andere als befriedet. Syrien, Iran, Irak und Libyen kommen nicht zur Ruhe. Das NATO-Mitglied Türkei macht seine eigene Politik: Es marschiert in Syrien ein, schickt Truppen nach Libyen und beschafft sich ein russisches Flugabwehrraketensystem.

Der Bundestag verlängerte den einen oder anderen Auslandseinsatz der Bundeswehr. Als freilich Frankreich die Deutschen 2019 um Unterstützung in der Sahelzone (Mali, Niger, Tschad, Mauretanien, Burkina Faso) bat, gab es aus Berlin zweimal eine Absage. Frankreich stellt dort 4500 Soldaten, Deutschland 1100. Ebenso gab es eine Absage aus Berlin, als die USA und Großbritannien Deutschland ersuchten, einen Beitrag zur Sicherung der Schifffahrtsstraße von Hormus zu leisten. Was ist der Grund für solches Beiseitestehen? Ist es innen- oder außenpolitisches Kalkül, oder kann die Bundeswehr weitere Einsätze personell und materiell schlicht nicht stemmen? Kramp-Karrenbauer liegt richtig mit der prinzipiellen Feststellung, es gehe um die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands. Diese setze immer zwei Komponenten voraus: »Dass man es will und dass man es kann. Und für beides müssen wir unseren Beitrag leisten.«<sup>4</sup> Deutschland fehlt es an beidem.

Die deutsche Politik nähert sich dem Ziel kaum an, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigungszwecke einzusetzen; die SPD bremst nach Kräften. Im letzten Jahr sollte Deutschland für das 37 000 Mann-Manöver *Defender-Europe 20* zentrale Drehscheibe werden. Infolge des Coronavirus musste diese größte NATO-Übung seit Jahrzehnten allerdings abgebrochen werden. Allein der Transit der Truppen zu Übungsgebieten in Polen und im Baltikum wäre zur Herausforderung für unser Land geworden, denn mit großen Truppenbewegungen liegen keine Erfahrungen mehr vor.

Kramp-Karrenbauer ist jedenfalls nicht zu beneiden. Anfängerfehler waren aus der Hüfte geschossene und unausgeregnete Vorschläge zur Errichtung einer Sicherheitszone in Nordsyrien oder die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates. Dadurch geriet in den Hintergrund, dass sie durchaus positive Ansätze verfolgte: etwa die Absicht, die Bundeswehr wieder öffentlich sichtbarer zu machen, oder die Streichung fragwürdiger Privatisierungspläne ihrer Vorgängerin im Bereich Beschaffung und Logistik.

Das Erbe, das »AKK« übernahm, bleibt schier erdrückend. Der im Januar 2021 vorgestellte Jahresbericht<sup>5</sup> der neuen Wehrbeauftragten Eva Högl vermeldet kaum Fortschritte. Große Beschaffungen haken nach wie vor, ein neues Sturmgewehr und ein Ersatz des Schwerlasthubschraubers *CH-53* lassen auf sich warten. Nicht viel besser sieht es bei persönlichen Ausrüstungsgegenständen wie Kälteschutzanzügen, Gehörschutz, Helmen und sogar Rucksäcken aus.<sup>6</sup>

Sogar das Verteidigungsministerium höchstselbst hegt Zweifel, ob die Bundeswehr ihre Ausrüstungs- und Personalziele erfüllen kann. In einem vertraulichen Schreiben an

den Verteidigungsausschuss von Mitte Dezember 2019 schreibt das Ministerium, die eigenen Pläne würden sich angesichts der bisherigen Finanzplanung »absehbar verzögern«.<sup>7</sup> Das betrifft vor allem die Schnelle Eingreiftruppe der NATO, die 2023 wieder von der Bundeswehr geführt werden soll. Die ministeriellen Planer verabschieden sich insofern von der Perspektive, bis Ende 2031 drei voll ausgerüstete Heeresdivisionen mit jeweils etwa 20 000 Soldaten aufstellen zu können.<sup>8</sup> Und diese Vorbehalte wurden formuliert zu einem Zeitpunkt, an dem die Pandemiekrise mit ihren finanziellen Auswirkungen noch gar nicht in Sicht war! Folgerungen aus der Covid-Pandemie für den Zivilschutz waren denn in der Neuauflage auch zu erörtern.

Nicht zuletzt liegt ein Augenmerk dieser Ausgabe auf den Entwicklungen der sicherheitspolitischen Weltlage und der Frage, wie sich die Einsatzfähigkeit unserer Bundeswehr allen Ankündigungen zum Trotz tatsächlich entwickelt hat.

Der Journalist Gabor Steingart hat die Probleme unserer Armee auf den Punkt gebracht: »Würde die Freiheit Europas von der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr abhängen, würden islamische Fundamentalisten schon morgen auf den Champs-Élysées und auf der Straße des 17. Juni patrouillieren.«<sup>9</sup> Oder anders: Die Bundeswehr ist nach wie vor ein Sanierungsfall.

Wie sich all dies weiterentwickeln wird, steht nicht etwa nur in den Sternen, sondern hängt maßgeblich davon ab, welchen Bundestag und damit indirekt welche Bundesregierung die Deutschen im September 2021 wählen. Kommt es zu einem militant-pazifistischen linken Bündnis, geht die Bundeswehr – und nicht nur sie – einer höchst ungewissen Zukunft entgegen.

---

<sup>1</sup> Rüstungsbericht BMVg 20-12.pdf.

<sup>2</sup> SZ, 29. Januar 2020, S. 5.

<sup>3</sup> <https://www.spiegel.de/politik/ausland/iran-haelt-erstmal-marine-manoever-mit-russland-und-china-ab-a-1302848.html>

<sup>4</sup> [www.bmvg.de/de/aktuelles/akk-krapf-karrenbauer-bundeswehr-fit-machen-fuer-zukunft-178554](http://www.bmvg.de/de/aktuelles/akk-krapf-karrenbauer-bundeswehr-fit-machen-fuer-zukunft-178554)

<sup>5</sup> <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/266/1926600.pdf>

<sup>6</sup> Ebd., S. 88 ff.

<sup>7</sup> Die Autoren bekamen dieses Schreiben über Umwege vertraulich zur Kenntnis.

<sup>8</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-zweifelt-an-eigener-einsatzfaehigkeit-a-1302310.html>

<sup>9</sup> [https://www.focus.de/politik/ausland/gastbeitrag-von-gabor-steingart-wussten-das-schon-viel-frueher-us-botschafter-grenell-verteidigt-trumps-toetungsbefehl\\_id\\_11521149.html](https://www.focus.de/politik/ausland/gastbeitrag-von-gabor-steingart-wussten-das-schon-viel-frueher-us-botschafter-grenell-verteidigt-trumps-toetungsbefehl_id_11521149.html)

## KAPITEL I

# Gesellschaftliche und politische Umstände: Armee in einer postpatriotischen Gesellschaft

Deutschland ist ein friedliches Land. Das Volk fühlt sich wohl, seit 1990 ist es nur noch »von Freunden umgeben«. Das Problem ist nur, dass ab 1990 weltweit keineswegs ausschließlich liberale Ordnungen gesiegt haben. Problematisch ist ferner, dass die Fremd- und Selbst-Pazifizierung Deutschlands um den Preis einer fortschreitenden Selbstaufgabe geschieht. Unsere Nachbarländer und Verbündeten verfolgen diese Entwicklung mit Skepsis.

## Die »verspätete« Nation auf dem Weg in die NATO

Wiewohl ab dem frühen 19. Jahrhundert als Land der Dichter und Denker apostrophiert, ist Deutschland eine »verspätete Nation«. Bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahr 1806 war Deutschland in rund 300 Kleinstaaten zersplittert, die mit dem Westfälischen Frieden von 1648 entstanden waren – mit einem spätestens ab 1701 übermächtigen Preußen. Verspätete Nation also? Helmuth Plessner (1892–1985) hat dieses Phänomen in einem gleichnamigen Buch analysiert.<sup>1</sup> Plessners Kernthese war: England und Frankreich hatten bereits ab dem 18. Jahrhundert ihre moderne Gestalt angenommen, die (klein)deutsche Reichsgründung von 1871 indes brachte nur einen »Machtstaat ohne humanistisches Rechtfertigungsbedürfnis« hervor, eine »Großmacht ohne Staatsidee«. Ein gereiftes und ausgewogenes Nationalgefühl war damit nicht möglich, wie die Jahre 1933 bis 1945 mit ihrer rassistischen Übersteigerung gezeigt hätten.

Mittlerweile haben die Deutschen ihre Lektion gelernt. Einen entscheidenden Anstoß dazu gaben ab 1945 die Westalliierten mit ihrem Projekt »Changing of Germany«.<sup>2</sup> Die historische Schuld sollte sich zum markantesten Identitätsfaktor der Deutschen